



Bildung und Ziel

Eine Tennisakademie in Äthiopien vermittelt Aufstiegschancen. **Seite 10**

Foto: Philipp Hedemann

Verstand und Gefühl

Jane Austens Romane kreisten stets um das Thema Ehe. **Seite 15**



Jubel und Kampf

Die Fußballerinnen spielen gerade ihre größte EM. Wichtige Entscheidungen in den Verbänden werden aber noch von Männern getroffen. **Seite 19**

Foto: imago/Xinhua

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 18. Juli 2017

72. Jahrgang/Nr. 165

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Patt in Venezuela

Martin Ling über das symbolische Referendum der Opposition

Es gibt keinen Zweifel: Das stärkste politische Lager in Venezuela sind seit geraumer Zeit die »Ninis«. Die hängen weder Regierung noch Opposition an, sondern sind damit beschäftigt, ihr eigenes Überleben inmitten der Versorgungskrise zu meistern.

Die Wahlbeteiligung von rund 36 Prozent – knapp 7,2 Millionen Bürger –, die die Opposition bei ihrem symbolischen Referendum zu mobilisieren vermochte, sind ein relativer Achtungserfolg – eine allzu machtvolle Demonstration sind sie nicht, dafür hätte es mindestens eines Überspringens der 50-Prozent-Marke bedurft. Dennoch macht das Ergebnis klar, dass ein gewichtiger Teil der venezolanischen Wahlberechtigten die Pläne von Präsident Nicolás Maduro zu einer Verfassungsreform ablehnt.

Das symbolische Referendum wird Maduro sicher nicht dazu bewegen, die für den 30. Juli angesetzte Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung abzublasen. Auch da dürfte sich die Wahlbeteiligung in Grenzen halten, weil die Opposition größtenteils zum Boykott aufruft.

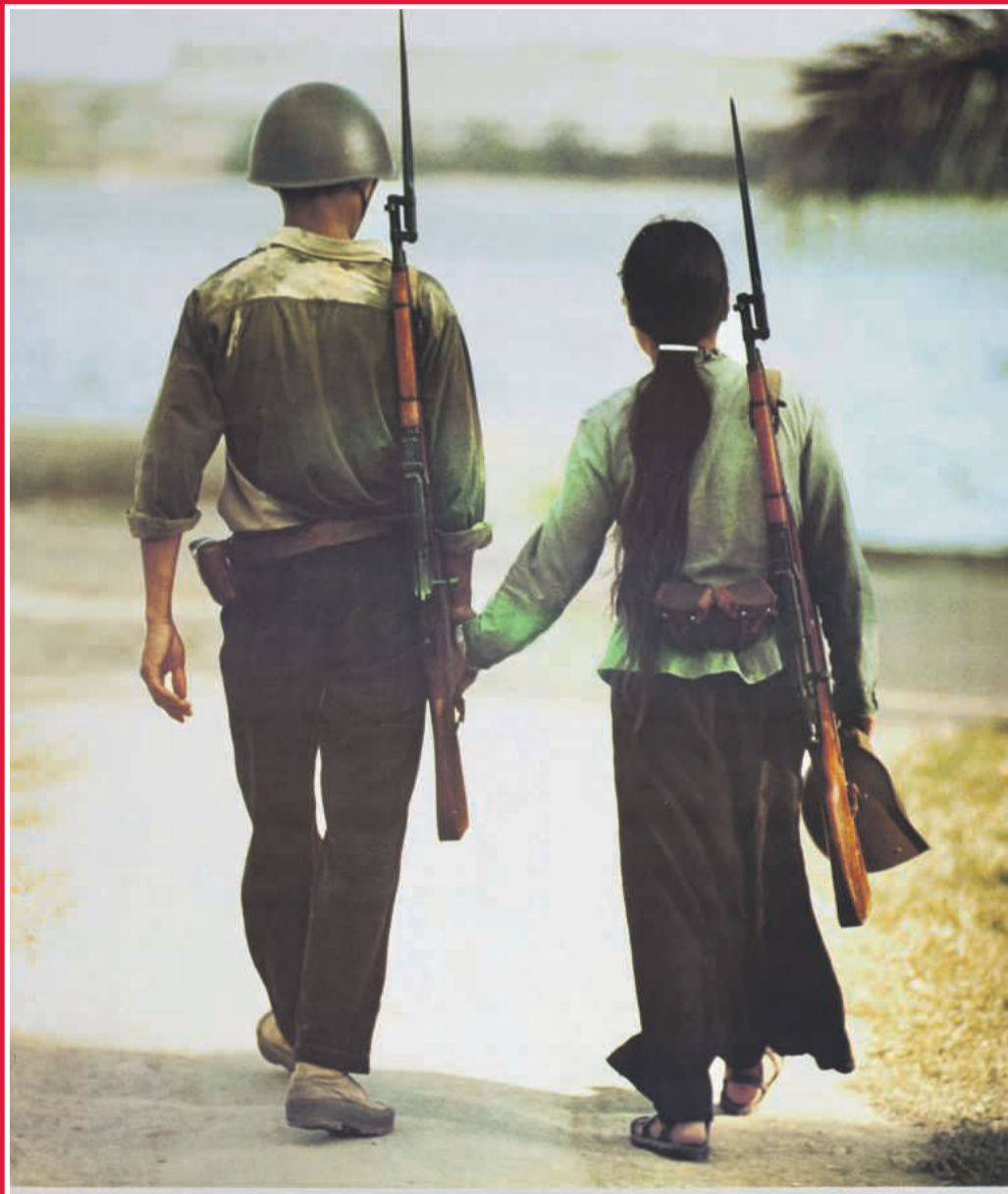
Die Zeiten, in denen Venezuela durch hohe Wahlbeteiligung gekennzeichnet war, weil sich zwei konträre Politikansätze gegenüberstanden, sind vorerst vorbei. Die Auseinandersetzung verläuft seit der Parlamentswahl 2015 nicht mehr auf der Basis beidseitig respektierter demokratischer Grundregeln. Für Venezuelas Zukunft heißt das nichts Gutes, denn ein Ende der Krise des Konsumismus, das die »Ninis« besänftigen könnte, ist auch nicht in Sicht.

UNTEN LINKS

Grundsätzlich gibt es ja nur zwei Möglichkeiten, die Endlichkeit der menschlichen Existenz irgendwie zu begreifen. Da ist zum einen die wenig charmante Vorstellung, ein Leben funktioniert wie ein leeres Glas. Alles, was uns widerfahren kann, passiert und das Gefäß ist am Ende voll und wir tot. Wesentlich aufregender klingt es doch, wenn wir eine Auswahl an möglichst fetzigen Lebensentscheidungen vorgesetzt bekommen und jeder darf sich aussuchen, was am besten zu ihm passt. Nennen wir das Ganze »Chancenkonto« und unter den sexy Wahlmöglichkeiten tauchen Begriffe auf wie »Weiterbildung«, »Existenzgründung«, »freiwilliges Engagement«. Ein Leben mit Vorformatierung, das klingt doch irgendwie bewältigbar und besser als der nihilistische Quatsch vom leeren Glas. Wir alle würden irgendwie das gleiche machen und sein. Könnten uns endlich in einem System einrichten, in dem alles darauf hinausläuft, dass es funktioniert, wie es geplant war – und SPD wählen. cod

Bilder, die ans Herz gehen

Thomas Billhardt wollte mit seinen Fotos zeigen, was Krieg den Menschen antut



BILLHARDT (DDR)

«L'OCCHIO SUL MONDO»
MOSTRA FOTOGRAFICA

**FESTA NAZIONALE DE L'UNITÀ 1982
TIRRENIA**

DAL 3 AL 19 SETTEMBRE

Berlin. Er hat mit seinen Fotos ganze Generationen in der DDR begleitet und Ausstellungen rund um den Erdball bestritten. Thomas Billhardt fing mit seiner Kamera in Vietnam, in Nicaragua oder in Chile Geschichte ein und erzählte zugleich Geschichten. »Ich wollte nie den Krieg ablichten, sondern das, was er aus den Menschen und mit den Menschen macht, was er Menschen antut«, erklärt der Fotograf im nd-Interview. Stets war und ist der jetzt 80-Jährige auf der Suche nach authentischen Fotos, »die ans Herz gehen«. Und stets wollte er »nicht nur die Kamera hinhalten und knipsen, sondern Symbole einfangen, die Empörung erregen, Mitgefühl erzeugen und die Solidarität befördern«.

So wie auch mit dem berühmten nebenstehenden Bild von dem Liebespaar, das mitten im grausamen Krieg in Vietnam ein paar Minuten Zweisamkeit genießt. Auch dieses Foto habe er nicht gestellt, gibt Billhardt zu Protokoll. Er sei einfach leise hinter den beiden hergegangen und habe etwa 20 Aufnahmen gemacht. Als die Vietnamesen ihn bemerkten, hätten sie verschämt ihre Hände gelöst. Und obwohl er ihnen mit Gesten bedeutete, sich von ihm nicht stören zu lassen, sei die stille Intimität verfliegen gewesen. »Mir gelangen nun keine brauchbaren Fotos mehr«, so der Fotoreporter, der sich als Chronist und Dokumentarist versteht und noch heute für UNICEF auf Reisen ist.

Billhardt, für den seine Bilder wichtiger sind, »als meinen Namen in großen Lettern irgendwo lesen zu können«, wird dennoch ab diesem Mittwoch auch die namentliche Ehrung erneut erleben: Im nd-Gebäude am Franz-Mehring-Platz 1 in Berlin-Friedrichshain eröffnet eine Ausstellung mit seinen aktuellen Fotos. oer **Seiten 2 und 3**

Abb.: Thomas Billhardt/Archiv

Zahl ziviler Opfer in Afghanistan auf neuem Höchststand

UNO: Mehr als 1660 Tote und 3500 Verletzte im ersten Halbjahr

Kabul. Die Zahl ziviler Opfer in Afghanistan hat im ersten Halbjahr einen neuen Höchststand erreicht. Zwischen Anfang Januar und Ende Juni wurden bei Gefechten und Anschlägen 1662 Zivilisten getötet und 3581 weitere verletzt, wie die UN-Mission in Afghanistan (UNAMA) am Montag mitteilte. Etwa 40 Prozent der Opfer wurden demnach bei Bombenanschlägen getötet, für die meisten Angriffe waren Extremistengruppen wie die Taliban oder die Dschihadistenmiliz Islamischer Staat (IS) verantwortlich.

Unter den Opfern sind dem UN-Bericht zufolge 174 Frauen und 436 Kinder. Besonders gefährlich war die Lage in der Hauptstadt Kabul, wo alleine bei einem Anschlag nahe der deutschen Botschaft Ende Mai mehr als 150 Menschen getötet wurden. Nach UN-Angaben waren 92 Zivilisten unter den Opfern. Seit Beginn der UN-Zählung Anfang 2009 wurden laut UNAMA mehr als 26 500 Zivilisten in Afghanistan getötet. AFP/nd **Kommentar Seite 4**

Arbeitslose weggerechnet

Mehr als eine Million Betroffene aus der Statistik gestrichen

Berlin. Mehr als eine Million Langzeitarbeitslose, die die Arbeitsmarktstatistik 2016 nicht mehr zählt, hatten in Wirklichkeit keine Arbeit gefunden. Das zeigt eine am Montag veröffentlichte Auswertung der Statistik durch die Bundesagentur für Arbeit. Nur jeder achte Langzeitarbeitslose, der aus der Statistik gestrichen worden war, erhielt auch einen Arbeitsplatz. Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion der Linkspartei, Sabine Zimmermann, forderte, die Ausgaben für die Förderung von Langzeitarbeitslosen zu erhöhen.

Nach ebenfalls am Montag vom Bund der Steuerzahler veröffentlichten Zahlen hat die Arbeitslosenversicherung derweil einen Milliardenüberschuss erwirtschaftet. Die Versicherung, die auch Maßnahmen zur Arbeitsförderung finanziert, konnte im ersten Halbjahr 2017 rund drei Milliarden Euro zurücklegen. Die Bundesregierung plant, die Rücklagen auf 20 Milliarden Euro zu erhöhen. Mit zusätzlichen Mitteln für die Förderung von Arbeitslosen ist daher nicht zu rechnen. flh **Seite 6**

Venezuelas Opposition übt sich in Symbolik

Referendum ohne bindende Wirkung bleibt hinter hohen Erwartungen an die Wahlbeteiligung zurück

An einem symbolischen Referendum über eine umstrittene Verfassungsreform beteiligten sich am Sonntag knapp 7,2 Millionen Venezolaner – weniger als von der Opposition erwartet.

Von Martin Ling

Über 19 Millionen Venezolaner und Venezolanerinnen waren am Sonntag an die Urnen gerufen. Und das gleich zwei Mal: Die Opposition hatte für ein symbolisches Referendum über die umstrittene Verfassungsreform von Präsident Nicolás Maduro um Teilnahme gebeten, die Regierung selbst rief zum Probelauf für die Wahl zu einer neuen Verfassunggebenden Versammlung am 30. Juli.

Knapp 7,2 Millionen Venezolaner haben nach Angaben der Opposition an ihrer Volksabstimmung teilgenommen. Das teilten die Organisatoren nach Abschluss des Votums vom Sonntag und

Auszählung von 95 Prozent der Stimmzettel mit. Es handele sich um »eine klare Botschaft an die Exekutive und an die Welt«, sagte die Präsidentin der Zentraluniversität von Venezuela, Cecilia García Arocha. Mehr als jeder Dritte der 19 Millionen Wahlberechtigten in Venezuela gab bei dem Referendum seine Stimme ab. Vor dem Wahlgang hatte es allerdings Erwartungen gegeben, dass etwa zehn Millionen Bürger an der Abstimmung teilnehmen könnten, die rechtlich nicht bindend ist.

Wie viele Venezolaner beim Probelauf der Regierung ihre Stimmen abgaben, wurde noch nicht bekannt gegeben. Der Organisationschef Héctor Rodríguez zeigte sich im venezolanischen Fernsehen angetan: »Es gibt eine sehr klare Botschaft: Hier gibt es ein Volk, das an den Schwierigkeiten wächst, das keinen Sturm fürchtet und das total dazu bereit ist, neue Realitäten zu schaffen.«

In ihrem erbitterten Streit mit Maduro hatte die Opposition zu dem Urnengang am Sonntag aufgerufen. Das Regierungslager boykottierte die Abstimmung und bezeichnete sie als »illegal«. Nach dem Ende des Urnengangs riefen

»Lasst uns eine neue Gesprächsrunde, einen Dialog des Friedens beginnen.«

Präsident Nicolás Maduro

Oppositionsanhänger in Caracas: »Diese Regierung stürzt«, Autofahrer stimmten ein Hupkonzert an.

Am Wahlsamstag wurden bei einem bewaffneten Überfall auf Oppositionsanhänger eine 61-jährige Frau getötet und drei weitere Menschen verletzt, wie die Staatsanwaltschaft mitteilte. Unbekannt

te hätten von Motorrädern aus auf Bürger geschossen, die ihre Stimme abgeben wollten, hieß es.

In einer Ansprache im Staatsfernsehen erwähnte Maduro den tödlichen Vorfall nicht explizit. Er forderte jedoch ein Ende der Gewalt, für die er die Opposition verantwortlich machte. »Ich rufe die Opposition auf, zum Frieden zurückzukehren, die Verfassung zu respektieren, sich hinzusetzen und zu reden«, sagte er. »Lasst uns eine neue Gesprächsrunde, einen Dialog des Friedens beginnen.«

Das Auswärtige Amt in Berlin wertete die Abstimmung als »überwältigenden Ausdruck des Wählerwillens der venezolanischen Bevölkerung«, auch wenn das Plebiszit nicht rechtlich bindend sei. »Wir hoffen, dass dieses Resultat Präsident Maduro dazu veranlasst, die Einberufung der Verfassunggebenden Versammlung zu überdenken«, sagte eine Ministeriumssprecherin am Montag. Mit Agenturen

